

KOMMUNALREFORM IN BRANDENBURG

1. Die Freien Demokraten Dahme-Spreewald lehnt die von der Brandenburgischen Landesregierung geplante Verwaltungsstrukturreform 2019 sowie das am 13. Juli 2016 vom Landtag Brandenburg beschlossene Leitbild für die geplante Kreisgebietsreform ab.
2. Der Kreisverband Dahme-Spreewald der Freien Demokraten fordert die Brandenburgische Landesregierung auf, für eine Verwaltungsreform ein Leitbild zu entwickeln, welches
 - a) eine bürgernahe Verwaltung durch finanziell starke Kommunen garantiert,
 - b) eine umfassende Aufgabenkritik auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene beinhaltet und
 - c) erst nach einer alle Ebenen berücksichtigenden Funktionalreform eine Gebietsreform anstrebt.
3. Die Freien Demokraten Dahme-Spreewald unterstützen die geplante Volksinitiative gegen die von der Brandenburgischen Landesregierung geplante Verwaltungsstrukturreform 2019 sowie einen Volksentscheid über den Erhalt der jetzigen Kreis- und Gemeindestrukturen im Land Brandenburg.

Warum sehen wir das so?

Die von SPD und Die Linke geplante Verwaltungsstrukturreform 2019 wird von der Landesregierung gern als größtes und wichtiges rot-rotes Regierungsvorhaben der laufenden Wahlperiode bezeichnet. In Wahrheit hätte diese nur ein Ergebnis: Die Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte und damit eine nachhaltige Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung im Land Brandenburg.

Das vom Landtag beschlossene Leitbild für eine Kreisgebietsreform im Land Brandenburg lässt die wesentlichen Fragen, die vor einer solchen Reform zu beantworten wären, unberücksichtigt. Die Landesregierung lässt offen, welche Kosten diese Reform verursachen wird und wer diese zu tragen hat, welche konkreten positiven Effekte erreicht werden sollen und wie mögliche negative Effekte verhindert bzw. ausgeglichen werden sollen.

Die von der Landesregierung genannten Gründe für eine Verwaltungsstrukturreform überzeugen nicht. Weder die demografische Entwicklung, noch die finanzielle und wirtschaftliche Stabilität der betroffenen Kommunen werden durch Strukturreformen beeinflusst. Die Qualität der Verwaltungsarbeit hängt nicht von Strukturen, sondern von den

BESCHLUSS

beschlossen: Kreisparteitag in Luckau am 27.08.2016

jeweiligen Rahmenbedingungen ab. Diese hat die Landesregierung, bspw. durch eine Stärkung der kommunalen Finanzen, durch Abbau von Bürokratiekosten und die Einführung technologischer Verwaltungsverfahren (E-Government) zu gestalten.

Bevor eine territoriale Neugliederung der kommunalen Ebene erfolgt, sollte die Landesregierung weniger einschneidende Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung und – Vereinfachung (bspw. durch interkommunale Zusammenarbeit, Abbau von Normen und Standards etc.) fördern und fordern.

Sowohl die Kreis- als auch die Gemeindestrukturen im Land Brandenburg gehören bereits heute zu den großflächigsten in ganz Deutschland. Damit einhergehende negative Auswirkungen für die kommunale Selbstverwaltung wie bspw. weite Wege zur Verwaltung für die Bürger und schwer zu überschauende Strukturen für die ehrenamtlichen Mitglieder der kommunalen Vertretungen sind Alltag im Flächenland Brandenburg mit seiner schwach ausgestatteten Infrastruktur. Noch größere Strukturen werden diesen Effekt weiter verschärfen und die Bürgerbeteiligung nachhaltig schwächen.